

Schulentwicklungsplan

Stadt Biberach an der Riss

Fortschreibung
Schuljahre 2008/09 bis 2013/14 -
mit einem Ausblick bis zum Jahr 2025

Teil II: Kernergebnisse, Alternativen und Empfehlungen

Juni 2009



Projektgruppe
Bildung und Region

Königsplatz 27 · 53173 Bonn
Zentrale: 0 228 - 35 55 12
Telefon: 0 228 - 36 30 04
Telefax: 0 228 - 36 30 01
info@bildungundregion.de
www.bildungundregion.de

Wolf Krämer-Mandau Autor
Hubertus Schober
kraemer-mandau@bildungundregion.de
info@biregion.de

15. Kernergebnisse, Alternativen und Empfehlungen für die Entwicklung der Schulen in der Stadt Biberach a.d.R.

Zum Vorgehen

Die Stadt Biberach a.d.R. hat einen umfassenden Schulentwicklungsplan in Auftrag gegeben - mit dem Ziel, die bisherigen schulischen, pädagogischen (so weit dies möglich ist) und demographischen Verläufe zu analysieren und auszuwerten und auf Besonderheiten hinzuweisen. Zudem soll die künftige Entwicklung in der Status quo-Variante prognostiziert ("was geschieht, wenn nichts geschieht") und sollen parallel Vorschläge für alle Grund-, Förder- und Sekundarschulen erarbeitet werden. Hintergrund dieser Überlegungen sind:

die demographischen Tendenzen mit zum Teil empfindlichen Verlusten bei den Geburten/künftigen Einschulungen und

zeitversetzt den Übergängen in die Sekundarschulen und den Übergängen von den neunten bzw. zehnten Klassen in die Oberstufen der allgemein- und berufsbildenden Schulen,

die bundesweit zu beobachtende Verschiebung zwischen den Anmeldezahlen der allgemeinbildenden Schularten hin zu den Gymnasien und den Integrierten bzw. Kooperativen Gesamtschulen (in den Ländern wo sie bislang angeboten und zum Teil ausgebaut werden) und

parallel die Abwendung der Eltern von der Hauptschule, Entwicklungen, die "durch die Realschule hindurch" gehen (das erhebliche und nachhaltige Absinken der Zahl der Hauptschüler führt nicht in gleichem Maße zu mehr Schülern in den Realschulen, weil diese parallel Potentiale an die Gymnasien "verlieren") und auch diese erheblich beeinflussen,

das Schulgesetz bzw. Überlegungen im Land Baden-Württemberg, die in der Tendenz zweizügige Hauptschulen künftig bevorzugen könnten,

die Schulversuche mit einer schulartübergreifenden Haupt- und Realschule,

die Verkürzung der gymnasialen Ausbildungszeit von neun auf acht Jahre mit ihren Auswirkungen,

die letztlich mit Nachdruck von der UN-Konvention ausgelöste, tiefgreifende Auswirkungen nach sich ziehende "Inclusionsdebatte" um die Regel- und die Förderschule (keine Ausgrenzung von Schülern sondern konsequente gemeinsame Beschulung),

die im Land Rheinland-Pfalz - als ein gänzlich neuer Ansatz - zukünftig mögliche Implementierung der Fachoberschule als ein zweijähriger Aufsatz auf die Realschule.

Nun wird es mit der Vorlage des Gutachtens zur Schulentwicklung von großer Bedeutung sein, eine sachlich und fachlich klug "kanalisierte" Diskussion in der Stadt Biberach a.d.R. zu forcieren, um vor einer definitiven Festlegung der Politik, den Schulen und ihren schulischen Gremien die Gelegenheit zu geben, die künftigen Herausforderungen und die Lösungsvorschläge mit den Alternativen in Ruhe und ohne Verwerfungen besprechen zu können.

Kernergebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Die Vorschläge des Gutachtens sind als solche zu sehen. Eine politische Festlegung kann erst zeitlich nachgeordnet (!) erfolgen, und sie muß sich die Ergebnisse des nunmehr vorliegenden Schulentwicklungsplanes (zunächst wird immer ein Entwurf vorgelegt) keinesfalls zu eigen machen.

Öffentliche Kontroversen sollten so weitgehend verhindert werden, und einer intensiven Diskussion sollte Raum gegeben werden. Schulische Gremien benötigen bei dem sicher schwierigen partikularen Transformationsprozeß der gesamten Schullandschaft (die demographische Herausforderung, die "Auszehrung" der Hauptschule, die Änderung der Realschule, Schulversuche, das achtjährige Gymnasium, die Inclusion, die Ganztagsüberlegungen usw.) sicherlich etwas Zeit, um Anregungen "von außen" aufzunehmen und Lösungsansätze "von außen" für sich selbst auf ihre Tragfähigkeit und ihre Wünschenswertheit hin abzuwägen.

Die Vorschläge des Gutachtens und die politischen Entscheidungen müssen zum einen die Ausgewogenheiten und Vielfältigkeiten der Schullandschaft bewahren, sie müssen die regionalen Gleichgewichte fein austarieren, sie müssen die Abschlußangebote der Regionen erhalten und nach Möglichkeit "nach oben hin" ausbauen und sie müssen vor allem auch "demographiefest" sein, so daß die Schulen auch bei mittel- und vor allem längerfristig deutlich weniger Schülern, die aus den Grund- in die Sekundarschulen übergehen, tragfähig bleiben.

Geleistet werden muß allerdings zugleich, daß die anstehenden räumlichen Herausforderungen bewältigt werden können. Einzelne Schulen binden zu viele Schüler für die pädagogische Arbeit auf zu wenig Raum, und bisher ist an einigen Standorten noch zu wenig Vorsorge für die sich abzeichnenden Anforderungen durch Ganztagsangebote sowie neue/erweiternde pädagogische Ansätze (d.h. Projektarbeit, Selbstlernzentren, Lernversuche, praktische Unterrichtsanteile usw.) getroffen worden. Geraten wird, dies sei in diesem Kontext erwähnt, alle Schulen für Ganztagsangebote zu ertüchtigen.

Demographische Rahmenbedingungen

Die Bevölkerungszahl im Land Baden-Württemberg beginnt, rückläufig zu werden. Diese Entwicklung tangiert gleichermaßen die Stadt Biberach a.d.R. und vor allem ihre Umgebung. In der Stadt Biberach a.d.R. wird (zeitversetzt) eine Überalterung der Bevölkerung greifbar. (vgl. die Kapitel 4, 5 sowie 6)

Durch das "Auslaufen" hoher Zuwächse bei der sehr jungen Bevölkerung mit Kindern durch die Demographie und die Zuwanderungsprozesse wird die demographische Basis auf die nun vor Ort wohnende Kernbevölkerung zurückgeworfen. Die mit Blick auf die Geburten wichtigen Bevölkerungszuwächse konzentrieren sich derzeit im Kern nur noch auf die Oberzentren und eine Reihe von Kreisstädten sowie prosperierende Regionen (und auch dort sinkt die Bevölkerungszahl nun ab). (vgl. hierzu das Kapitel 4 und 6)

Die Zahl der künftigen Eltern (insbesondere die Personen um oder unter 30 Jahre) sinkt in der Stadt Biberach a.d.R. mit Nachdruck. (vgl. das Kapitel 6) In einigen Regionen werden die Zahlen der Grundschüler trotz der planerisch bereits einbezogenen Neubauvorhaben stark oder gar dramatisch einbrechen. Darauf ist zunächst in den Grundschulen und zeitlich versetzt in den Sekundarschulen zu reagieren.

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Schulangebot vor Ort (Kapitel 2)

Die Schulträger in der Stadt Biberach a.d.R. halten folgende Schularten vor: Grundschule, Grund- und Hauptschule (im BZ), Hauptschule mit Werkrealschule, Realschule, Gymnasium, Förderschule und Freie Waldorfschule.

In den Grundschulen insgesamt werden in dem Schuljahr 2008/09 1.354 Schüler unterrichtet. 125 sind es in diesem Schuljahr in der Förderschule. Die Schulart Hauptschule bindet 613 Schüler, die Schulart Realschule 1.446, die Schulart Gymnasium 1.626 in der Sekundarstufe I und weitere 786 Schüler in der Sekundarstufe II.

Die Anteile der Mädchen und der Kinder mit einem deutschen Paß auf den Schulen mit hohen Bildungsabschlüssen sind sehr groß, die der Jungen und der Kinder ohne deutschen Paß sind es auf den Förder- und den Hauptschulen. Damit sind wesentliche Problemfelder der schulischen Entwicklung mit der Notwendigkeit einer umfassenden Jungenförderung und einer Stützung der Kinder "ohne deutschen Paß" aufgezeigt.

Regionales Schulangebot (Kapitel 3)

Derzeit steigt die Zahl der Gymnasiasten innerhalb der Schularten immer stärker an (ein bundesweit zu beobachtender Trend), die der Hauptschüler fällt deutlich. Die Zahl der Realschüler hält sich insgesamt gesehen noch relativ konstant. In der Region (in der Stadt Biberach a.d.R. und ihrer Umgebung) sind die gleichen Tendenzen zu verzeichnen: Die Schülerzahlen der Hauptschulen sinken zum Teil dramatisch, einige Realschulen halten ihre Schülerzahl noch (oder steigern sie gar) und andere schon nicht mehr und die Schülerzahl der Gymnasien steigt fast durchgängig unaufhaltsam an. Da sich die Zunahme nicht auf alle Gymnasien verteilt, kann punktuell eine sehr angespannte Raumsituation entstehen.

Bevölkerungsentwicklung im Land und seinen Kreisen (Kapitel 4)

Die Bevölkerungszahlen im Land Baden-Württemberg sind nur noch relativ konstant. Der Anstieg seit dem Jahr 1995 um 4,2 Prozent hat sich "erschöpft". Im Landkreis Biberach hat er im gleichen Zeitraum bei 7,7 Prozent gelegen, im Landkreis Ravensburg bei 5,7 Prozent und in der Stadt Biberach a.d.R. bei 4,1 Prozent. Derzeit sinken die Bevölkerungszahlen in der Stadt Biberach a.d.R. sogar wieder ab!

Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Biberach (Kapitel 5)

Die Bevölkerungszahlen in dem Landkreis Biberach und seinen Kommunen haben sich seit 1995 sehr unterschiedlich entwickelt: Zuwächsen von über 20% stehen Verluste von bis zu 5 Prozent gegenüber.

Demographische Linien in der Stadt Biberach a.d.R. (Kapitel 6)

Der gegenwärtige Altersaufbau der Wohnbevölkerung in der Stadt Biberach a.d.R. zeigt die historisch bestimmten Einschnitte und Ausformungen und den beschriebenen starken Rückgang der Geburtenzahlen in den siebziger Jahren; danach haben sich die Geburtenzahlen stabilisiert. In den einzelnen



Regionen zeigen sich jedoch zum Teil höchst unterschiedliche Verläufe des Altersaufbaus mit den entsprechenden demographischen Konsequenzen. Daher verläuft die Entwicklung in der Stadt Biberach a.d.R. nicht gleichmäßig über alle Regionen.

Der im 21. Jahrhundert sich tiefgreifend abzeichnende soziokulturelle und ökonomische Strukturwandel wird von einem gegenwärtig in den konkreten Auswirkungen zumeist unterschätzten demographischen Alterungsprozeß geprägt sein: Inklusiv der prognostizierten Zuzüge steigt der Anteil der über 60-jährigen (in der Altersteilzeit- und Rentenphase), während sich der Anteil der 25-60-jährigen (in der Erwerbstätigkeitsphase) und der Anteil der unter 25-jährigen (in der Bildungs- und Ausbildungsphase) verringern wird.

Zwar wird die Zahl der 0- bis 3-jährigen zunächst nicht weiter sinken (weil die Zahl der künftigen Eltern gegenüber der jetzigen ein wenig ansteigen wird), wohl aber die der 6- bis 10-jährigen um rund 10 Prozent gegenüber dem (heute schon geringeren) aktuellen Stand und die der 10- bis 16-jährigen um 15 Prozent und die der 16- bis 19-jährigen - nach einem augenblicklichen Höchststand der Jahrgangsbreiten - um bis zu 30 Prozent.

Grundschulentwicklung in der Stadt Biberach a.d.R. (Kapitel 7)

Die Schülerzahlen in der Primarstufe sind generell noch in den neunziger Jahren in der Bundesrepublik erheblich angestiegen. In den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts haben sie vielerorts auf einem - zwischenzeitlichen - Höhepunkt der Entwicklung gelegen.

In der Stadt Biberach a.d.R. hatte sich die Schülerzahl der Grundschulen insgesamt bis zum Schuljahr 2003/04 auf 1.429 Kinder in 62 Klassen erhöht. In den folgenden Jahren sind die Zahlen bis zum Schuljahr 2008/09 um 6 Prozent auf 1.354 Kinder in 59 Klassen wieder zurückgegangen. Auf der Grundlage der noch nicht eingeschulten Altersjahrgänge nach der aktuellen Einwohnerstatistik lassen sich die zukünftigen Schülerzahlen für die Primarstufe in dem mittelfristigen Planungszeitraum bis zum Schuljahr 2014/15 ermitteln.

Nachdem die mittlere Jahrgangsbreite in der Primarstufe - d.h. die Schüler in den Grundschulen im Mittel eines Jahrgangs - in der Stadt Biberach a.d.R. von 357 Kindern im Schuljahr 2003/04 bis zum Schuljahr 2008/09 auf 339 Kinder gesunken war, wird sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen: Bis zu dem Schuljahr 2014/15 fällt die mittlere Jahrgangsbreite in den Grundschulen insgesamt auf 313 Kinder. Die Entwicklung in den einzelnen Grundschulen stellt sich wie folgt dar:

Die Grundschule Birkendorf wird mit weniger als 200 Kindern in der Regel 2 Parallelklassen bilden können.

Die Grundschule Braith wird in der Regel mit weniger als 150 Kindern in der Regel nur 2 (schülerschwache) Parallelklassen bilden können.

Die Grundschule Gaisental wird in der Regel mit über 250 Kindern zumeist 3 (schülerschwache) Parallelklassen bilden können.

Die Grundschule Mittelberg wird in der Regel mit weniger als 200 Kindern in der Regel 2 (schülerstarke) Parallelklassen bilden können.

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Die Grundschule Mettendorf wird mit weniger als 70 Kindern in der Regel eine eigenständige Eingangsklasse bilden können.

Die Grundschule Ringschnait wird in der Regel mit gut 60 Kindern in der Regel eine eigenständige (aber schülerschwache) Eingangsklasse bilden können. In einzelnen Jahren besteht die Möglichkeit, daß jahrgangsübergreifende Klassen gebildet werden - wie dies bereits im Vorjahr der Fall gewesen ist.

Die Grundschule Rißegg wird in der Regel mit rund 90 Kindern eine eigenständige Eingangsklasse bilden können.

Die Grundschule Stafflangen wird in der Regel mit rund 50 Kindern keine eigenständigen Eingangsklassen bilden können.

So werden alle vier innerstädtischen Schulen völlig eigenständig bestehen bleiben können. Räumlich könnte man auch mit nur drei statt vier Schulen auskommen, doch erschiene der ökonomisch sinnvolle Preis einer Standortreduzierung gegenüber den sozialen Konsequenzen als zu gering, um das "Freiziehen" eines Standortes zu begründen. Wenn, könnte nur die Innenstadtsschule an die sie ringförmig umgebenden anderen Standorte "verteilt" werden.

In der Region um das Stadtzentrum herum werden die vier Grundschulen in den nächsten sechs Schuljahren schülerschwach (50 bis rund 90 Schüler) und nicht in jedem Jahr eigenständige Eingangsklassen bilden können.

Alle Grundschulen in der Innenstadt sollten zu Ganztagschulen ausgebaut werden. In der Peripherie sollte dies nur geschehen, wenn die Grundschulen in der künftigen Entwicklung als standortfest" eingeschätzt werden können.

Die Grundschule des Bischof-Sproll-Bildungszentrums wird wohl weiterhin zweizügig arbeiten und entsprechend die Grundschulen in ihrem gesamten Einzugsgebiet tangieren.

Langfristig (in den nächsten 14 Jahren bis zum Schuljahr 2022/23) gehen die Schülerzahlen der gesamten Grundschulen in der Stadt Biberach a.d.R. von 1.429 Kindern im Schuljahr 2003/04 (nur!) auf gut 1.200 zurück.

Förderschulentwicklung in der Stadt Biberach a.d.R. (Kapitel 8)

Kaum ein pädagogischer Bereich wird im Zuge der Unterzeichnung der UN-Konvention in den nächsten Jahren vor solch einer Herausforderung wie die Förderpädagogik stehen. Die Förderpädagogik bzw. die Förderschule wird als solche "in die Regelschulen hinein" aufgelöst. Sie wird zu einer Institution, die das Verständnis von "im Regelschulsystem nicht förderfähigen Schüler" auflöst und wird zu einer Einrichtung, die immer stärker in die Regelschulen "hinein gewoben" wird.

Sie kann nicht mehr eigenständig bestehen bleiben und einige Kinder integrieren, wenn sie die Aufforderung zur "Inclusion" (Einschluß aller Kinder und Ausschluß der Ausgrenzung) positiv aufnehmen möchte oder muß. Wie weit dies möglich sein wird, ist auf breiter Ebene auszutesten. Das Land Baden-Württemberg hat die Freigabe des Elternwillens gehandicapter Kinder bei der Wahl der Schule - Förder- oder Regelschule - in der Tendenz bestätigt.

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Ob es durch die UN-Konvention final zu einer (Förder-) "Schule ohne Schüler" kommt, einer Schule, die nur noch als ein organisatorisches "Stützkorsett" an die Seite der Regelschulen tritt, in diese aufgenommen wird und von diesen aus in die Klassen ausstrahlt, wird Gegenstand von vielen pädagogischen Versuchen und einer pädagogischen Debatte werden.

Ein Integrations- bzw. Inclusionsansatz kommt der Entwicklung der Grundschulen mit stark absinkenden Schülerzahlen entgegen. Die Zahlen bleiben durch die Inclusion größer; und in Inclusionsklassen lassen sich über abgesenkte Frequenzen leichter Klassen bilden. Zu entwickeln sind Stützpunkt- bzw. Verschmelzungsalternativen. Gemeint sind Integrations- bzw. Inclusionsformen, bei denen die Förder- weit in die Regelschulen hinein aufgefächert werden: Die Förderschulen bilden an den Grundschulen Stützpunkte oder aber an einer Schule einen Stützpunkt, von dem aus lernbehinderte Schüler weitestmöglich in den Unterricht der Regelschule eingebunden werden. An den Sekundarschulen wäre ähnlich zu verfahren.

In den Prognosen für die Stadt Biberach a.d.R. wird zunächst noch - wie auch bei den Primarschulen und den weiterführenden Schulen - eine Entwicklung innerhalb der alten Schulgesetzgebung gespiegelt, um die sich stellenden Herausforderungen insgesamt quantifizieren zu können. Die Schülerzahl der Pflugschule hat nach dem Abschmelzen der hohen Versorgungsquoten ihre Schülerzahl von 182 Schülern im Schuljahr 2003/04 auf 125 im Schuljahr 2008/09 abgebaut. Mittelfristig sinkt - im Status quo - die Zahl der Förderschüler in der Förderschule auf rund 110 in 10 Klassen, wobei je fünf auf die Primar - bzw. Sekundarschule entfallen könnten.

Da - so der Kultusminister des Landes Baden-Württemberg - jedes Elternteil mit einem Kind mit erhöhtem Förderbedarf einen Platz in einer Regelschule bekommen wird, ist die Prognose wahrscheinlich hinfällig. Dann wird in der Förderschule spezialisiertes Personal gebraucht und in der Regelschule im Prinzip ein zweites Mal (weil eine gute Förderung nicht "nebenbei" erfolgen kann). Das wäre über die Stellensituation unhaltbar. Ein richtungsweisender "Fingerzeig" des Ministeriums/Landes Baden-Württemberg steht aber noch aus.

Zudem gibt es eine richtungsweisende bundesweite Erfahrung: je näher die Förderpädagogik "an die Regelschule heran" rückt, desto eher bekommt sie Zugriff auf die Kinder, die ihrer Hilfe bedürften, sich aber nicht im Rahmen der Förderschule selbst finden wollen. Von daher wäre die "Inclusion" auch eine Chance.

Übergänge aus den Grund- in die Förderschulen (Kapitel 9)

Die Übergänge zu den Schularten aus den einzelnen Grundschulen und Regionen differieren u.a. aus Gründen der jeweils unterschiedlichen "Landschaften von Schularten": der Angebotslage. Doch sind Bildungserwartungen auch in hohem Maße von der finanziellen Situation der Elternhäuser abhängig. In den einzelnen Grundschulen der Stadt Biberach a.d.R. "driftet" das Spektrum der Übergänge zur Hauptschule, zur Realschule und das der Übergänge zum Gymnasium recht weit auseinander:

Die Hauptschulquoten haben in der Stadt Biberach a.d.R. (hierbei stets ohne die Bischof-Sproll-Grundschule!) im Schuljahr 2008/09 in den einzelnen Grundschulen zwischen 14 und 30 Prozent gelegen, die Realschulquoten sogar zwischen 23 und 50 Prozent und die zum Gymnasium zwischen 29 und 51

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Prozent. Die Gymnasialquote bewegt sich von 35 Prozent im Schuljahr 2001/02 langsam in Richtung der 45 Prozent, die der Realschule von 30 auf 40 Prozent und die der Hauptschule hat sich von 35 auf 18 Prozent fast halbiert. Gingen in dem Schuljahr 2001/02 noch aus den Grundschulen in der Stadt Biberach a.d.R. (ohne Bischof-Sproll-Grundschule!) 107 Kinder in die Schulart Hauptschule über, waren es im Schuljahr 2008/09 nur noch 51. Bei der Schulart Realschule waren es 89 bzw. 115 und bei der Schulart Gymnasium 116 zu 114. Die Übertrittsquoten zum Gymnasium scheinen nach einer "Verunsicherung" durch das achtjährige Gymnasium auf Werte von dauerhaft über 45 Prozent ansteigen zu können.

Im Landkreis Biberach stellt sich die Situation vollkommen anders dar: Die Gymnasialquote bewegt sich seit dem Schuljahr 2001/02 stets um die 30 Prozent herum, die der Realschule ist von 35 auf über 40 Prozent gestiegen und die der Hauptschule hat sich von 36 auf 27 Prozent erheblich abgesenkt aber nicht im Ansatz halbiert. Zwischen der Stadt Biberach a.d.R. und ihrem Landkreis klafft bildungsbezogen eine immense Lücke. Die zu erwartenden Demographieverluste für die Schulen insgesamt könnten bei den Gymnasien durch eine flächendeckende höhere Abschöpfung aller Bildungspotentiale ausgeglichen werden.

Zwischen den reinen Grundschulen und den Grund- und Hauptschulen im Landkreis Biberach gibt es markante Unterschiede, die pädagogisch sowie bezogen auf die Förderung der Begabungen schwer erklärbar scheinen:

In den Grund- und Hauptschulen im Landkreis liegen die Übergänge zum Gymnasium noch bei unter 30 Prozent, die Hauptschulquoten liegen trotz erheblicher Verluste noch bei über 30 Prozent und die der Realschulen sind auf fast 40 Prozent gestiegen. In den reinen Grundschulen dagegen gehen in der Tendenz weit über 30 Prozent der Kinder auf ein Gymnasium über. Die Realschulquote ist seit dem Schuljahr 2001/02 von 35 auf über 45 Prozent gestiegen. Hingegen hat sich die der Hauptschule von 34 auf unter 24 Prozent bewegt.

Pendlerbewegungen in den Sekundarschulen (Kapitel 10)

Die Analyse der Pendlerbewegungen der letzten Jahre von den Grund- in die Sekundarschulen der Stadt Biberach a.d.R. zeigt: Die weiterführenden Schulen in der Stadt Biberach a.d.R. sind für viele auswärtige Schüler eine akzeptierte Wahl. 46% aller Sekundarschüler in den fünften Klassen stammen nicht aus der Stadt Biberach a.d.R.

Bei der Mali-Hauptschule waren es im Mittel der letzten Jahre jedoch nur 6 Prozent. Bei der Dollinger-Realschule waren es allerdings konstant rund 51 Prozent (mehr als die Hälfte der Schüler der Realschule stammt nicht aus der Stadt Biberach a.d.R.). Bei den beiden Gymnasien der Stadt Biberach a.d.R. insgesamt sind es 50 Prozent, die von außerhalb kommen. Im Gymnasium Pestalozzi ist nun der Anteil der Einpendler auf über 60 Prozent gestiegen; bei "nur" rund 40 Prozent liegt er im Wieland-Gymnasium.

"Hoch-" und "Rückläufereffekte": Veränderung der Schülerzahlen von Jahrgangsstufe zu Jahrgangsstufe (Kapitel 11)

Hohe Eingangszahlen und Wiederholer/Zugänge ("Seiteneinsteiger") sowie "Seitenaussteiger" durch Wegzüge beeinflussen die im Land in den letzten



Jahren angestiegenen Schülerzahlen in den Sekundarschulen. Den Umfang der Schülerbewegungen in den Sekundarschulen im Hinblick auf die Ab- und die Zugänge sowie die Wiederholer beleuchten "kumulierte Werte". Diese erlauben eine bündelnde Prozentuierung aller Schülerbewegungen von Jahrgangsstufe zu Jahrgangsstufe. Für jede Schule lassen sich die kumulierten Werte in der Bündelung (mittlerer Kumulationswert) ablesen. Sie sind für die Berechnung des exakten Schulraumbedarfes jeder Schule wichtig. Zugleich geben sie über den Verbleib der Schüler auf der zunächst von ihnen angeählten Schulart Auskunft.

Der Hauptschule tragen diese jahrgangsstufenbezogenen Änderungen oft "Gewinne" ein, lassen die Schülerzahl der Realschule zum Teil erheblich von Jahrgangsstufe zu Jahrgangsstufe ansteigen (mit dem Effekt von notwendigen Klassenteilungen) und den Schülerstand des Gymnasiums kontinuierlich abnehmen (erwartungsgemäß, doch existiert nun keine Orientierungsstufe mehr, sondern eher nur noch eine "Orientierungsschiene" der Jahrgangsstufen 5 bis 10).

Diese aufbereiteten jahrgangsstufenbezogenen Werte zeigen jedoch, daß die Schülerzahl der Schulart Hauptschule vor Ort gegenüber der Zahl derjenigen, die diese Schulart ab der 5. Klasse besucht haben, nicht stark zunimmt. Unter dem Strich erzwingt die Orientierungsstufe durch Zuzüge und Rückläufer bzw. multilateral versetzte Schüler, daß die Hauptschule bis zur 8. Klasse in den aufsteigenden Klassen weniger Schüler als in den 5. Klassen versorgt.

Die Realschule (die zwei Schulen dieser Schulart unterscheiden sich jedoch - erheblich voneinander) gewinnt bis zur 9. Jahrgangsstufe "unter dem Strich" 10 Prozent ihrer Schüler hinzu (15 Prozent die Dollinger-Realschule und die des Bischofs 5 Prozent), während die Gymnasien insgesamt nur 9 Prozent ihrer Schüler bis zur Klasse 10 verloren haben (das Pestalozzi-Gymnasium 12 Prozent, das Wieland-Gymnasium 7 Prozent und das Sproll-Gymnasium 8 Prozent).

Somit sind Klassenteilungen für die Dollinger-Realschule permanent einzukalkulieren, für die Hauptschule hingegen nicht. Aufgrund der moderaten Zahl der Schüler, die die Gymnasien zu verlassen scheint, sind Zusammenlegungen der Klassen eher die Ausnahme.

Sekundarschulentwicklung in der Stadt Biberach a.d.R. (Kapitel 12)

Die Spirale der "Aufwärtsbewegung" der Bildungsanstrengungen der Eltern mit den Kindern ("Abiturschule" statt "Schule der Mittleren Reife", Realschule statt Hauptschule) verbindet sich mit einer für die Finanzierung der dafür notwendigen Raumprogramme und der Bereitstellung der Erhaltungsaufwände gefährlich scheinenden "Abstimmung der Schüler mit den Füßen" hin zu den Sekundarschulen in der Stadt Biberach a.d.R., auch weil weitaus mehr Schüler in die Stadt Biberach a.d.R. einpendeln, als welche aus ihr auspendeln.

Die in allen Facetten komplexe und schwierige, die nachbarlichen Verhältnisse strapazierende Einpendlerfrage muß ganz prinzipiell vor jeder räumlichen Neuorientierung entschieden werden (in die Richtung Offenhalten für alle Schüler oder prinzipielle Kontingentierungen oder solche für Schüler aus bestimmten Regionen oder in Richtung einer strikten Abweisungspolitik). Mit Blick auf die Finanzierung müssen Entscheidungen getroffen werden.

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Die Übergangsquoten der letzten Jahre müssen für die Hauptschulen als Maximalwerte betrachtet werden, nicht aber für die anderen Schularten. Analog zu den analysierten (vgl. o.) bisherigen Tendenzen berechnet werden die "Rückläufer" (z.B. Schüler, die für das Gymnasium weniger geeignet erscheinen, dort aber angemeldet worden sind und es verlassen), die "Hochläufer"/ Multilateralversetzungen (aus Haupt- und Realschulen in und nach der Orientierungsstufe), Schulartwechsler nach Klasse 10 durch Kinder, die an einer Schule waren, die ihre Eltern ausgesucht hatten, die Festigung beruflicher Neigungen und der Übergang aus Gymnasien auf berufsbildende Schulen.

Die Prognosen beziehen sich auf die Status quo-Alternative {keine Eingriffe in die Schullandschaft (z.B. Aufnahmekapazitäten)}. Diese geht dem nach, "was passiert, wenn nichts passiert" (weder in der Stadt Biberach a.d.R. noch in ihrer Umgebung). Die Prognosen beziehen alle wichtigen Entwicklungsstränge ein - darunter die künftigen Übergänge in die 5. Klassen aus den Grundschulen, das wahrscheinliche Bildungswahlverhalten an der Schnittstelle zwischen der Primar- und der Sekundarstufe I sowie der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, die Verteilung der Übergänge auf die angebotenen Schularten, den abzurechnenden Anteil der Aus- und den zuzurechnenden Anteil der Einpendler, die "Rückläufereffekte" usw.

Als die mittlere Klassengröße wird bei den Prognosen für alle Schulformen der Sekundarstufe I eine 27,0 zugrundegelegt (als mittlere Klassenfrequenz und nicht als Teiler!; Ausnahme: für die Hauptschulen und andere Schularten neben der Realschule und dem Gymnasium wird eine 24,0 gewählt).

Die Schülerzahl der Sekundarstufe I in der Stadt Biberach a.d.R. insgesamt ist vom Schuljahr 2003/04 bis zum Schuljahr 2008/09 von 3.811 Schülern in 130 Klassen auf 3.685 Kinder in 132 Klassen gesunken. Bis zum Schuljahr 2014/15 bleibt sie vermutlich mit 3.695 Schülern relativ konstant hoch. Zwischen den einzelnen Schularten weichen die Entwicklungsverläufe stark voneinander ab. Die zwei Hauptschulen werden weiterhin Schüler verlieren (von über 800 im Schuljahr 2003/04 auf unter 500 im Schuljahr 2014/15, die beiden Realschulen insgesamt werden ihre Zahlen mit fast 1.400 auf nahezu 1.500 gesteigert haben und die drei Gymnasien werden in der Sekundarstufe I ihre Schülerzahl von über 1.600 auf über 1.700 steigern können.

Die Schularten des Bischof-Sproll-Bildungszentrums werden in diesem Plan analysiert. Die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium sind gleichermaßen auf eine Zweizügigkeit hin angelegt.

Die Mali-Hauptschule wird mittelfristig zweizügig mit nur noch 45 Kindern im Jahrgang. Sie benötigt 12 Klassenräume und zwei Klassen für die Förder- und eine internationale Vorbereitungs-klasse.

Die Dollinger-Realschule baut in den nächsten Jahren ihre nahezu 40 Klassen, die durch einige hohe Übergänge "aufgelaufen" sind bis 2014 ab und wird mittelfristig voll sechszügig (mit im Mittel 170 Schülern in den kommenden 5. Jahrgängen). Sie wird nach dem mittelfristigen Zeitraum der Planung (bis 2014/15) 36 Klassenräume benötigen.

Das Pestalozzi-Gymnasium wird mittelfristig in der Sekundarstufe I eher vier- bis fünfzügig (mit im Mittel 132 Schülern in den kommenden 5. Klassen) sein und in der Sekundarstufe II fünfzügig. Es wird im mittelfristigen Planungszeitraum (bis 2014/15) mindestens 39 Klassen- und Kursräume als dann achtjähriges Gymnasium benötigen.

Kern-
ergebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung



Das Wieland-Gymnasium wird mittelfristig in der Sekundarstufe I knapp vierzünftig (mit im Mittel 114 Schülern in den kommenden 5. Klassen) sein und in der Sekundarstufe II knapp fünfzünftig. Es wird im mittelfristigen Planungszeitraum (bis 2014/15) mindestens 36 Klassen- und Kursräume als dann achtjähriges Gymnasium benötigen.

Kerne-
gebnisse,
Alternativen
und Empfeh-
lungen

eine kurze
Zusammen-
fassung

Schulraumprogramme des Landes Baden-Württemberg (Kapitel 13)

Die Bilanzierung des Raumbedarfes orientiert sich an den voraussichtlichen Zügigkeiten der Schulen und den amtlichen Schulraumprogrammen des Landes Baden-Württemberg. In dem Spannungsfeld von Raumvorhaltung, Raumbedarf und Raumerhaltung ist der Kostenaspekt von Wichtigkeit. Hier ist prinzipiell zu berücksichtigen, daß jeder Schülerplatz dem Träger Kosten verursacht - unabhängig davon, ob dieser Platz 'besetzt' wird oder 'unbesetzt' bleibt. Laufende Kosten schlagen insbesondere dann zu Buche, wenn der vorhandene Raum zwar benutzt, aber gemäß dem Raumprogramm nicht alle Räume so weit als möglich ausgenutzt werden können. Ein nicht oder nur wenige Wochenstunden benutzter Klassenraum kostet den Träger ebenso wie ein von einer Klasse benutzter Raum - im Jahr rund 1.600€ pro Schülerplatz!

Die in diesem Kapitel für alle Schularten eigens dokumentierten und in einer Synopse zusammengefaßten Schulraumprogramme sind verbindliche Richtlinien bei der Errichtung neuer Schulen. Für die bestehenden sind sie lediglich eine unverbindliche, für die räumliche Bilanz zwischen IST und SOLL herangezogene und für die Schulen sicherlich als "günstig" zu bezeichnende Orientierungslinie.

Dieses Schulraumprogramm des Landes Baden-Württemberg enthält leider keine Angaben über die räumliche Ausrichtung von Ganztagschulen (weder bei den Grund- noch bei den Förder- noch bei den Sekundarschulen), so daß ein derartiges, in hohem Maße "geldwertes" Raumprogramm im jeweiligen Einzelfall abzustimmen ist. Dies muß und wird auch im Zuge des Schulneubaus in der Schul- und Sportmeile der Fall sein.

Schulraumsituation: Schulen in der Stadt Biberach a.d.R. (Kapitel 14)

Die Berechnungsbasis für die Raumunter- bzw. Raumüberhänge bilden die Programme für Schulneubauten und so das vom Land Baden-Württemberg pädagogisch begründete Optimum an Räumen. Generell wird bei den privaten Schulen das IST dem SOLL gleichgesetzt (das führt planungstaktisch zu einer ausgeglichenen Raumbilanz). Absehbar vorgesehene Baumaßnahmen zur Schulerweiterung sind prinzipiell im Raum-IST berücksichtigt. Diskutierte, aber noch vakante Maßnahmen werden generell in den Bilanzen noch ausgeklammert. So wird die Realschule noch im Status quo geführt und der Grad des Raummangels ausgewiesen.

Jeder Schule werden zudem unter Berücksichtigung ihrer künftigen Größe zusätzliche Räume in Klassenraumgröße (ein Raum pro zu bildendem Zug - neben einem Speiseraum mit Küche, einer Mensa, die sich auch für Betreuungsoptionen neben der Ausgabe des Mittagessens nutzen läßt) für den Betreuungs-, Aufenthalts- und Ganztagsbereich konzidiert. Dies ist aber ein Vorschlag, der politisch abzusichern wäre. Analog sind die Bilanzen inklusive eines entwickelten Ganztags in den Schulen zu lesen! Dies mindert bei den Abgleichen zumeist die Bilanzüberhänge für Schularten wie Grundschulen und Hauptschulen und verstärkt die Unterhänge bei Realschulen, Gymnasi-



en und sonstigen Schularten (dort wo diese vorgehalten werden). Die Raum-
aussagen beziehen also den Ganztagsbedarf schon flächig ein.

Die Raum-
aussagen folgen einer schulzentrischen Linie. Die Ergebnisse der
Raumoptimierung sind noch nicht eingearbeitet worden, da die Vorschläge
zum großen Teil noch zu diskutieren sind. Die Räume der Dependancen (wie
ab dem nächsten Schuljahr bei der Realschule in der Hauptschule) werden
generell den Haupthäusern zugerechnet.

Die Analyse des Raumbestands der Schulen ist stets den vorliegenden Un-
terlagen entnommen. Da sich Schulen im raschen Wandel befinden (Umnut-
zung von Räumen, Aufenthalt sowie Ganztags usw.), werden die Schulen ge-
beten, die dokumentierte räumliche Situation kritisch durchzugehen und Ab-
weichungen und Veränderungen anzuzeigen. Die nötigen Änderungen wer-
den dann in den Plan eingearbeitet.

Bezogen auf den Raumbestand fehlen den Grundschulen in der Innenstadt
keine Räume, wenn auch die Größe einer jeweils ausreichenden Mensa nicht
in jedem Fall in den aktuellen Bestand (d.h. in einen großen Klassenraum
oder einen Fachraum) paßt. Den Grundschulen in der "Peripherie" würden le-
diglich dann Räume fehlen, wenn sie einen Ganztags aufbauen würden bzw.
könnten und in jedem Jahrgang eigenständige Klassen bilden könnten.
Würde man die Grundschulen in der Stadt Biberach a.d.R. heute alle (!) als
Ganztagschulen mit Mensen neu bauen, könnte man auf rund 2.000qm
Hauptnutzfläche gegenüber dem Bestand verzichten. Auch dies läßt die
Stadt Biberach a.d.R. als einen "guten Schulträger" hervortreten.

Das Angebot der Mali-Hauptschule, der Dollinger-Realschule Räume "zu lei-
hen" korrespondiert mit den fehlenden Räumen in der Realschule und der
zurückgegangenen Zahl der Klassen in der Hauptschule. Der Raumbedarf
der Realschule ist mittelfristig (und längerfristig) so groß, daß eine adäquate
Erweiterung auf der bestehenden Fläche kaum "machbar" erscheint. Von
den Hauptnutzflächen her, wären die Flächen dieser beiden Schulen, stün-
den sie an einem Standort und würden "wie eine einzige (derzeit neunzügige)
Schule" schulzentrisch betrachtet, nahezu ausreichend.

Die Raumbilanzen der Gymnasien (zwischen dem SOLL und IST) sind bei
einem schulzentrischen Ansatz und gemeinsamen Raumnutzungen in etwa
als ausgeglichen zu bezeichnen. Stiege allerdings die Zahl der Übergänge in
die Gymnasien aus den Grundschulen der Stadt Biberach a.d.R. noch einmal
erheblich an (wenige Prozent sind nur "geplant", in die Entwicklung hinein
prognostiziert) und parallel dazu noch erheblich im Einzugsbereich der Stadt
Biberach a.d.R. (auch hier sind nur wenige Prozent "eingeplant"), wäre damit
zu rechnen, daß die Gymnasien trotz der bald erreichten Achtjährigkeit wie-
der Wanderklassen bilden müßten.

Das Menetekel der "großen Vorliebe" der Eltern für das Gymnasium und sei-
nen zentralen Abschluß (das Abitur) "schwebt" über den Entwicklungen und
den Prognosen. Mit Blick auf die Hauptnutzflächen hat der Schulträger die
zwei Gymnasien insgesamt gesehen großzügig ausgestattet. Sie brauchen
heute nur in der Mensenfrage, der der Mediothek sowie bei der Aula und
einem Werkraum für den Ganztags räumlich kooperieren.

Die Förderschule ist mittelfristig umfassend einzügig und dafür "passend"
ausgerüstet, sofern die Inclusion nicht dazu führt, daß ihre Jahrgänge in die
Regelschulen hinein "ausgedünnt" werden. Dieser Prozeß wird kommen,
wenn auch mit einer einzukalkulierenden gewissen zeitlichen Spanne: das



Land muß die Lehrerstellen garantieren, die Förderschulen müssen Teil der Regelschulen werden wollen und die Regelschulen müssen sich für diese Situation vorbereiten und bereit zeigen.

Die "Grenzen" der Förderschularten untereinander und die zwischen den Förderschulen und den Hauptschulen sind in der Bundesrepublik schon in den letzten Jahren "fließender" geworden. Damit erscheint die kommende Situation als zum Teil schon vorgezeichnet und vorbereitet. Außerdem hat die Integration letztlich der Inclusion die "Tür geöffnet".

Empfehlungen

Die Dollinger-Realschule ist in ihrer heutigen Gebäudehülle und auf den heutigen Schulhofflächen "suboptimal" aufgestellt. Ein Umzug in die Schul- und Sportmeile ist unter fast jedem Gesichtspunkt angezeigt. Damit zieht sie in die Nähe der Gymnasien und der Hauptschule.

Die weitere Entwicklung der Schullandschaft im Land Baden-Württemberg kann und soll hier nicht diskutiert werden. Die Findung eines Standortes und die Gestaltung des Schulgebäudes sollte nur zu einem Ergebnis führen, daß jede Entwicklung möglich ist, ganz egal in welche Richtung die Diskussion der Schulstruktur verlaufen wird: Bildung einer "Sekundarschule" oder weiterhin eigenständige Schularten, Kooperation der Schularten bis hin zum Gymnasium untereinander usw.

Damit sind nicht alle der drei augenblicklich in der Diskussion befindlichen Standorte mehr aufrecht zu erhalten. Die C-Lösung - viel zu weit abgerückt von den Gymnasien und auch von der Hauptschule - machte die Schullandschaft in der Stadt Biberach a.d.R. "unbeweglich". Dies widerspricht auch dem Campus-Gedanken, dem hier das Wort gesprochen werden soll muß.

Eine Schul- und Sportmeile beruht auf dem Gedanken, daß es nur "eine Meile" Abstand zwischen den Schulen und Sporteinrichtungen gibt und daß Synergien möglich sind, daß der Schulträger seine finanziellen Mittel langfristig "auf einen Punkt" konzentrieren kann.

So entsteht zwangsläufig trotz der gewissen "Solitärlage" der Hauptschule ein räumliches Bildungszentrum. Bei Bedarf kann dieses auch in ein tatsächliches umgewandelt werden (vgl. die Schulartendiskussion und die Notwendigkeit, in einer "Meile" einen zentralen Ansprechpartner zu haben und keine konkurrierenden Systeme).

Die Bildungszentren in der Region und im Land Baden-Württemberg generell - ganz gleich ob kirchlich geführt wie in Biberach und Ravensburg oder staatlich wie in Markdorf haben bewiesen, daß die Eigenständigkeit der Schularten bestehen bleibt und die Leitung eines größeren Schulzentrums leichter fällt als das Wirken mehrerer Systeme nebeneinander in einem Zentrum.

Aus der gutachterlichen Sicht wird ein Bildungszentrum schon mittelfristig notwendig sein. Die Schulaufsicht wird - ebenso wie die Politik in der Stadt Biberach a.d.R. in der Frage der Container für die Dollinger-Realschule oder einer Entlastungs-Lösung in der Hauptschule - erfahrungsgemäß mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit deutlich machen, daß neue Räume nur dann förderfähig sind, wenn die Kapazitäten insgesamt ausgeschöpft sind. Von daher wird die Diskussion eines Raumprogrammes mit der Schulaufsicht al-



ler Erfahrung nach geführt, als gäbe es ein solches Bildungszentrum (ob sich die allgemeine Erfahrung bewahrheitet, wird abzuwarten sein).

Da die Dollinger-Realschule ihre stark gestiegenen Schülerzahlen in den letzten Jahren in hohem Maße von den Bindungsverlusten der Hauptschule "rekrutiert" hat, ist ihre mittelfristige partielle Siebenzügigkeit, die dann einer Sechszügigkeit weicht, fragil. Im Status quo wird die Dollinger-Realschule nach dem mittelfristigen, sechsjährigen Planungszeitraum in die Sechszügigkeit wechseln und neben einer dann nur noch zweizügigen Hauptschule in einer "dreizügigen Hülle" arbeiten.

Würde sich die Abwendung der Eltern mit ihren Kindern von der Hauptschule hin zur Realschule etwas schneller vollziehen, wäre eine nach dem mittelfristigen Zeitraum weiterhin siebenzügige Dollinger-Realschule neben einer eher nur noch einzügigen Mali-Hauptschule plaziert. Auf jeden Fall hätte die Mali-Hauptschule dann erhebliche Spielräume, um Schüler aus der Region aufzunehmen, die den sicher einzügigen Hauptschulen entkommen wollen.

Der Schulträger könnte auch die Aufnahmezahlen aus der Region in die Realschule drosseln - durch eine Zügigkeitbegrenzung - eine Alternative, die nicht ungefährlich ist, weil die Demographie im Landkreis Biberach anders als in der Stadt Biberach a.d.R. zu völlig anderen Zahlen bei den aus den Grundschulen nachrückenden Sekundarkindern führen und den "Kampf um die Köpfe" eröffnen wird. Mit sechs Zügen Neubau für das Bildungszentrum und drei möglichen Zügen in der Mali-Hauptschule wäre die Stadt Biberach a.d.R. auf jeden Fall gut aufgestellt, um eine (bis zu) Neunzügigkeit räumlich abzufangen.

Es zeigt sich, daß die Entwicklung der Schulart Realschule (auch) in der Stadt Biberach a.d.R. faktisch nicht ohne die der Hauptschule gesehen werden kann - völlig unabhängig davon, ob es nun eine Schulart ist oder ob es zwei Schularten sind. Der Schulträger kann die "Wanderung" der Eltern von der Haupt- in die Realschule nicht kommentieren, geschweige denn stoppen. Es kann nur reagieren und die notwendigen Räume zur Verfügung stellen.

Die Noten bzw. die Empfehlungen der Grundschulen, die diese Trends bei den Übergängen aus den Grund- in die Sekundarschulen ermöglichen bzw. sogar nahelegen und die Abschlusserwartungen der Wirtschaft an die jungen Menschen nach ihrer Schulzeit lassen dem Schulträger keine andere Wahl, als das räumliche Gerüst "zu organisieren". Deshalb sollte sich der Träger auf flexible Lösungen einstellen.

Auf jeden Fall sollte das räumliche/strukturelle Bildungszentrum (die Findung einer Lösung erscheint aus der gutachterlichen Sicht weniger wichtig als die Frage, ob räumlich ein harmonischer, alle Bedarfe der Beteiligten bündelnder Komplex entsteht) für die Hauptschule und die Realschule zentrale Funktionen vorhalten: Hier sind unter anderem zu nennen:

1. ein umfassendes, gemeinsames Ganztagsangebot bis hin zu gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften, um die gewaltige Kapazität der helfenden Einrichtungen auszuschöpfen und punktgenau einsetzen zu können,
2. die Frage eines gemeinsamen Angebots oder eines für zwei Schulen bestimmt auch die Folgekosten für ein solches Angebot und damit die Frage, was der Träger neben dem Personal und den Unterhaltskosten für die innere Entwicklung des Ganztags künftig überhaupt zur Verfügung stellen kann,



3. eine zentrale Mensa/Aula mit angeschlossenen Räumen im musischen und künstlerischen Bereich und Ganztagsräumen mit Aufenthaltscharakter,

4. es wäre zum Beispiel zu überlegen, die Musikschule in dieses zumindest "räumliche Bildungszentrum" hinein zu legen, weil sich alle Sekundarschüler der Stadt Biberach a.d.R. täglich/"ganztätig" in der Schul- und Sportmeile aufhalten (49% aller Mitglieder der Musikschule sind zwischen 10 und 19 Jahre alt: 632; 121 sind über 18 Jahre und 531 unter 10 Jahre alt),

5. es wäre auch anzuraten, ein Ganztags-Sportbüro/eine Sportleitzelle für die mit allen Schulen in der Schul- und Sportmeile kooperierenden Vereinen in das Bildungszentrum (ein solches würde es allein wegen dieser Funktionen für die Schulen) einzubringen {unter den insgesamt 13.884 Mitgliedern der Sportvereine in der Stadt Biberach a.d.R. {2008} waren 2.968 zwischen elf und 18 Jahre alt, was 21,5% der Sportvereinsmitglieder entspricht; d.h., daß der Sportverein ein Fünftel (!) seiner Mitglieder in der Schul- und Sportmeile ansprechen kann},

6. die Schulen in der Stadt Biberach a.d.R. brauchen viel engere Verflechtungen mit den Sportvereinen als bisher und die Sportvereine in der Stadt Biberach a.d.R. benötigen im Zuge des Ganztages dringend der Potentiale der Schulen,

7. weiterhin wäre eine Außenstelle der Stadtbücherei in einer Bücherei bzw. einem angeschlossenen Selbstlernzentrum in den Blick zu nehmen, was sich bei einer bis zu neunzügigen Schullandschaft anbieten würde (43% aller Nutzer der 16.216 Bürger, die die Stadtbücherei besucht und sich etwas ausgeliehen haben, waren im letzten Jahr zwischen 11 und 20 Jahre alt!),

8. ob auch eine Art von größerem Jugendzentrum zusätzlich in die Schul- und Sportmeile einzubringen wäre (vgl. die A-Lösung unten), ist mit Blick auf die Vor- und Nachteile abzuwägen,

9. die Sporthallenkapazitäten sollten in dieser großen Schul- und Sportmeile der Stadt Biberach a.d.R. bedarfsgerecht (eine Bedarfsberechnung stünde dann noch aus) hinzugefügt werden.

Bei den drei möglichen Standorten einer neuen Sekundarschule kann wegen der obenstehenden Gründe aus sachlichen sowie schulfachlichen Erwägungen heraus nur die A- bzw. die B-Lösung in den Blick genommen werden.

Für die B-Lösung spräche die Nähe zur Hauptschule. Für die A-Lösung spräche die Nähe zu den Gymnasien und der Hauptschule.

Bei einer B-Lösung würden die Haupt- und die Realschule den einen Pol in der Schul-, Sport- und Kulturmeile bilden und die Gymnasien den anderen.

In der A-Variante wäre eine "Polarisierung" weitestgehend aufgehoben. Dann ließe sich die - schon länger zu wenig ausgelastete - Mensa auch mit den Dollinger-Realschülern (und den wenigen überhaupt noch verbliebenen) Mali-Hauptschülern füllen. In der neuen Schule würde dann keine eigene Mensa mit den entsprechenden langfristigen Kosten entstehen müssen, sondern nur das an eine ausreichend große Aula angelagerte skizzierte "kulturelle Herzstück".

Mit Blick auf die kurz- (Bau) und langfristigen (Unterhaltung und Personal) Kosten wäre die A-Variante gegebenenfalls der B-Lösung vorzuziehen (ein



erster Massenüberschlag von "biregio" zeigt, daß die "A-Variante" groß genug ist, um den Bau aufzunehmen).

Dann würde die neue Sporthalle auf das Gelände der alten Schwimmhalle plaziert, die Sportanlagen davor könnten bestehen bleiben und die Sporthalle wäre mit einem Vereinsheim zu verbinden - im Mittelpunkt des sportlichen Geschehens. Auf der C-Fläche kämen die Sportwiesen (heute noch auf der A-Fläche) zur Geltung. Somit befände sich die Schule allein auf der A-Fläche, der Rasensport auf der C-Fläche und die Sporthalle auf der B-Fläche.

Die Schüler der Hauptschule nutzten vor allem die neue Halle und die in der neuen Schule die Dreifachhalle der Mali-Hauptschule. Somit wären die Wege verkürzt und die Neubauten "entspannt" gelagert. Auf die möglicherweise starken "Fluktuationen" zwischen den Übergängen zum Gymnasium und zu "den anderen Schularten" wäre wohl die A-Variante am besten angelegt.

Die beiden Alternativen ("A" und "B") sollten vom Immobilienmanagement unvoreingenommen gleichberechtigt nebeneinander geprüft und funktional sowie auf die Kosten bezogen analysiert werden.

Ein Vorteil der A-Lösung läge darin, die Mensa im Bildungszentrum der Gymnasien besser und dauerhaft auszulasten und die Aula in dieser neuen Sekundarschule "kultur-spezial" entwerfen zu können. Aber das müßte nicht sein.

Das heutige Vereinsheim könnte gegebenenfalls nach einer Prüfung in die Schule integriert werden - als Mensa, wenn man die gemeinsame Lösung mit den Gymnasien nicht wollte, als Ganztagszentrum oder als von der Schule abgekapseltes Jugendzentrum. Oder es bliebe neben dem neuen Sportheim als "Begegnungsstätte von Schule(n) und Sport" bestehen.

Auf jeden Fall sollte die Förderschuldiskussion nicht wegen ihrer Neuheit und der damit einhergehenden Herausforderung ausgeklammert werden. Wenn die Förderschule mit den Regelschulen includieren soll bzw. muß, kann dies ausschließlich dort geschehen, wo künftig alle Sekundarschüler der Stadt Biberach a.d.R. (daneben gibt es in der Stadt Biberach a.d.R. nur Sekundarschüler ja nur im Bischof-Sproll- Bildungszentrum und in der Waldorfschule) versammelt sind: in der neuen Schul-, Sport und Kulturmeile.

Mittelfristig wird die Förderschule Pflugschule im Sekundarbereich fünf bis höchstens sechs Klassen bilden können. In ihrem Primarbereich wären es wohl am ehesten vier Klassen. "Schmiegte" man die Förderschule zunächst noch relativ eigenständig an das Bildungszentrum an, ließe sich das hinter der Mali-Schule gelegene Gebäude der Fachhochschule umnutzen.

Dort könnten vollkommen eigenständig sechs Klassen mit einer Größe von 56 bis 72qm entstehen, drei Kurs-/Therapieräume von 35 bis 41qm und eine Verwaltungstrakt mit 82qm (für die Gesamtverwaltung dieser Förderschule). Die Fachräume und die Inklusion (zunächst wäre es eher eine Integration) mit der Hauptschule wäre leicht möglich und die Fachräume der Hauptschule würden von den integrierten bzw. includierten Klassen gemeinsam genutzt. Das ließe dem Vorgang der Transition sicher einen angemessenen Rahmen.

Parallel müßten die Förderschulkinder in die Grundschulen integriert werden (keine der vier größeren innerstädtischen Grundschulen verfügt allerdings über die ausreichenden Flächen) oder eine Grundschule zöge neben die vier Förderklassen, die zu "includieren" wären, zöge in das Gebäude der Pflug-



schule. Hier wäre bevorzugt an die Braith-Grundschule zu denken, die dann neben der Kindertagesstätte ein "Haus der Bildung" schaffen könnte und mit dem Primarschul-Förderkern der Förderschule zusammen arbeiten könnte.

Durch die bisherige Arbeit und die Unterstützung die die Braith-Grundschule von der Stadt Biberach a.d.R. und vom Land erhält, erscheint eine solche kluge "Doppelkooperation" (besserer Übergang aus der Kindertagesstätte in die Grundschule und Integration bzw. Inklusion) durchaus wünschenswert.

Da die Förderschule mit einer großen Hofffläche, einer Sporthalle und großen sowie ausreichenden Räumen aufwarten kann, könnte sich die heute beengt untergebrachte Grundschule inhaltlich erweitern und gebäudlich nur verbessern. Das Gebäude der Braith-Grundschule, das nicht wirklich eines für eine Grundschule ist, stünde nutzungsbezogen für die Stadt Biberach a.d.R. frei.

Ferner ist zu bedenken, daß der Schulsport der Dritt- und Viertkläßler der Braith-Grundschule in der heutigen Sporthalle der Dollinger-Realschule stattfindet, die nach dem Verkauf des Arreals an das Land nicht mehr zur Verfügung stünde. Ein Ersatz ist zur Zeit nicht erkennbar.

Ein weiteres Thema ist hier nur rasch ergänzend anzureißen: Ob eine Neuschneidung der Grundschulbezirke angesichts der zum Teil zu erwartenden schwachen Anmeldezahlen in den Grundschulen der Stadt Biberach a.d.R. angedacht werden müßte, wäre im weiteren Verlauf der Beratungen zu prüfen.

Zunächst gehen die Empfehlungen dahin, mit der neuen Sekundarschule so viele Optionen und Mittel wie möglich intelligent in einer Schul-, Sport- und Kulturmeile zu binden. Eine solche immense Gestaltungschance bietet sich einer Kommune vielleicht alle fünf Jahrzehnte - wenn überhaupt. Die Stadt Biberach a.d.R. sollte diese Chance nutzen, um langfristig kluge Ansätze zu begründen und auszubauen, anstatt den wechselnden Befindlichkeiten der einzelnen Schulen nachzugeben und "Stückwerk" vorzulegen.

Eine solche mögliche weitblickende "Weichenstellung" sollte in der nächsten Zeit vollkommen offen kommuniziert, verhandelt und mit allen beteiligten Schulen und der einzubindenden interessierten Bevölkerung besprochen werden.

Sicherlich haben die Begehungen der Schulen durch die Verwaltung und die Gutachter dazu beigetragen, den Kontakt des Trägers mit seinen Schulen in diesen wichtigen Fragen bereits im Vorfeld dieser skizzierten Empfehlungen auf eine sachliche und fachliche Grundlage zu stellen und den Schulen die gutachterlich gesehenen (und möglicherweise auch in der Auswertung der Empfehlungen schulträgerseitig geteilten) Interessensansätze zu vermitteln.

